

**Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Familie, Soziales, Integration und  
Kultur**



An die Mitglieder des Ausschusses für  
Familie, Soziales, Integration und Kultur  
den Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
und seine Stellvertreter  
die Vertreterin des Ausländerbeirates  
die Vertreterin des Seniorenbeirates  
die Mitglieder des Magistrates

Schriftführer: Herr Wade  
Telefon: 06074 911660

18. September 2019

**der Stadt Rödermark**

**E i n l a d u n g**

Ich lade Sie ein zu der  
**23. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Integration und Kultur**  
(Sitzung Nr. 5/2019)

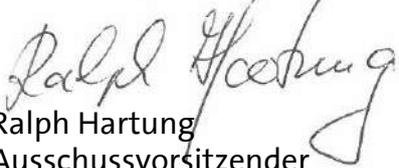
am **Dienstag, 24.09.2019**, um **19:30 Uhr**.

Die Sitzung findet im **Mehrzweckraum der Halle Urberach, Am Schellbusch 1** statt.

**Tagesordnung:**

- TOP 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Antrag der Fraktion FWR zur "Satzung über die Betreuung von Kindern in  
(Stavo den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark"  
TOP 7) Vorlage: FWR/0131\_1/19
- TOP 3 Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie  
(Stavo Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben  
TOP 16) Vorlage: VO/0186/19
- TOP 4 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 5 Mitteilungen und Anfragen

Mit freundlichen Grüßen

  
Ralph Hartung  
Ausschussvorsitzender

F. d. R.

  
Miriam Brockmann  
Stellv. Schriftführerin

# Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

**FSIK TOP 2**  
**STAVO TOP 7**

	<p>Datum: 18.06.2019</p> <p>Antragsteller: <b>Fraktion: Freie Wähler Rödermark</b></p> <p>Verfasser/in: <i>Siegfried Kupczok Peter Schröder</i></p>																
<p><b>Antrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark: Antrag zur "Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark"</b></p>																	
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>18.06.2019</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr><tr><td>20.08.2019</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr><tr><td>22.08.2019</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>03.09.2019</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr><tr><td>24.09.2019</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr><tr><td>26.09.2019</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>15.10.2019</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	18.06.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark	20.08.2019	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur	22.08.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	03.09.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark	24.09.2019	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur	26.09.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	15.10.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>																
18.06.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark																
20.08.2019	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur																
22.08.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss																
03.09.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark																
24.09.2019	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur																
26.09.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss																
15.10.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark																

## **Sachverhalt/Begründung:**

Der Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege ist in einem Bundesgesetz geregelt. Das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII sieht in §24 die Förderung von vier Gruppen vor:

Absatz 1: Kinder, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben

Absatz 2: Kinder ab Vollendung des ersten bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres

Absatz 3: Kinder ab vollendetem dem dritten Lebensjahr bis Schuleintritt

Absatz 4: Kinder im schulpflichtigen Alter

Den Vorschriften in den Absätzen 2 und 3 wird durch die Verwaltungsvorlage V/0131/19 entsprochen, dem Absatz 4 durch VO/0130/19.

Die Vorschriften des Absatz 1 finden in den Satzungen der Stadt Rödermark keinen Niederschlag.

SGB VIII §24 bestimmt in Absatz 6, dass weitergehendes Landesrecht unberührt bleibt, was im Umkehrschluss bedeutet, dass dieses Bundesgesetz eine Mindestregelung darstellt.

## **Beschlussvorschlag:**

Die Bestimmungen des §24 (1) SGB VIII werden in die Satzungen der Stadt Rödermark aufgenommen. Dies kann durch die Erstellung einer zusätzlichen Satzung für die Förderung von Kindern vor dem vollendeten ersten Lebensjahr erfolgen oder durch Aufnahme dieser Bestimmungen in die Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Stadt Rödermark (Vorlage VO/0131/19).

**Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:**

**Ablehnung:**

**Enthaltung:**

# VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR: **FSIK TOP 3 STAVO TOP 16**

vom/der Ausländerbeirat	Vorlage-Nr: VO/0186/19 AZ: Datum: 21.08.2019 Verfasser: Ausländerbeirat - Zahide Demiral (Vorsitzende)
----------------------------	--

## **Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben**

### Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
11.06.2019	Ausländerbeirat
03.09.2019	Magistrat
24.09.2019	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
26.09.2019	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
15.10.2019	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

### **Sachverhalt/Begründung:**

Mit einem eindringlichen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben haben sich im Mai dieses Jahres in Wiesbaden Vertreter\*innen eines sehr breiten und bunten Spektrums der hessischen Zivilgesellschaft an die hessische Öffentlichkeit gewandt. 48 Erstunterzeichner\*innen, darunter führende Persönlichkeiten aus Verbänden und Institutionen, kommunalen Spitzenverbänden, Religionsgemeinschaften und Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrt, Sport, Kunst und Kultur, wollen damit ein deutlich vernehmbares Zeichen setzen: Für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschiede und Vielfalt als Reichtum begreift. Gegen Diskriminierung und Hetze.

Mit der Landtagswahl in Hessen ist der Rechtspopulismus auch in den Hessischen Landtag eingezogen. Die Wahl zum Europäischen Parlament führte zu einer steigenden Zustimmung für rechte Positionen. Mit der Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie – Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ und ihren 48 Erstunterzeichner\*innen aus einem breiten Spektrum der Gesellschaft wird ein Zeichen gegen Diskriminierung und Hetze und für Vielfalt gesetzt.

Rödermark ist eine offene Stadt, die selbstverständlich gegen Rassismus kämpft und an der Weiterentwicklung der Demokratie arbeitet. Durch den Beschluss und die Unterzeichnung wird dieses Engagement lokal und regional noch deutlicher.“

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausländerbeirat hat in seiner Sitzung am 11.06.2019 folgenden Vorschlag beschlossen: „Der Magistrat möchte den folgenden Beschluss an die Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorlegen: „Die Stadt Rödermark unterstützt die Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie – Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ und ruft zur Unterzeichnung auf.““

**Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:**

**Ablehnung:**

**Enthaltung:**

# Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie

## *Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben*

*„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“*  
Richard von Weizsäcker

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.
2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.
3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.
4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.
5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden.

Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Erstunterzeichner\*innen:

- **Agai, Prof. Dr. Bekim**  
Direktor, Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG), Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- **Ahrend, Prof. Dr. Klaus-Michael**  
Vorstand, HEAG Holding AG
- **Alinaghi, Dr. Yasmin**  
Geschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Hessen
- **Bauz, Gerd**  
Vorstand, Martin-Niemöller-Stiftung
- **Becker, Torsten**  
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Beger, Florian**  
Landesgeschäftsführer, Aidshilfe Hessen e.V.
- **Cakir, Prof. Dr. Naime**  
Sozial- und Religionswissenschaftlerin
- **Clausen, Dr. Harald**  
Vorstand, Diakonie Hessen
- **De La Rosa, Dr. Sybille**  
Projektleitung, Diakonie Hessen
- **Di Benedetto, Corrado**  
Stellvertretender Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Domnick, Thomas**  
Ehemaliger Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.
- **Droste, Martina**  
Schauspiel Frankfurt, Leiterin Junges Schauspiel
- **Dulige, Jörn**  
Oberkirchenrat, Leiter des Evangelischen Büros Hessen am Sitz der Landesregierung
- **Foraci, Ulrike**  
Geschäftsführerin, agah-Landesausländerbeirat
- **Fünfsinn, Prof. Dr. Helmut**
- **Gern, Dr. Wolfgang**  
ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen
- **Gieseler, Stephan**  
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städtetag
- **Gülegen, Enis**  
Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Hafeneger, Prof. Dr. Benno**  
Erziehungswissenschaftler, Philipps-Universität Marburg
- **Hammann, Torsten**  
AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V., Generalbevollmächtigter des Verbandes und seiner Gesellschaften

- **Hilligardt, Prof. Dr. Jan**  
Direktor, Hessischer Landkreistag
- **Jehn, Dr. Alexander**  
Direktor, Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- **Jost, Wilhelm**  
Vorsitzender, AWO Hessen-Süd
- **Karabörklü, Atila**  
Landesvorsitzender, Türkische Gemeinde Hessen  
Bundesvorsitzender, Türkische Gemeinde in Deutschland
- **Karg, Michael**  
Vorsitzender, Martin-Niemöller-Stiftung e.V.
- **Klärner, Jörg**  
Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
- **Knapp, Wilfried**  
Vorstand, Diakonie Hessen
- **Latasch, Prof. Dr. Leo**  
Vorstandsmitglied, Jüdische Gemeinde Frankfurt  
Vorstandsmitglied, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)
- **Latzel, Dr. Thorsten**  
Direktor, Evangelische Akademie Frankfurt
- **Möller, Nils**  
Vorstandsvorsitzender, Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V., DRK –Landesverband Hessen
- **Neumann, Daniel**  
Direktor, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- **Pax, Dr. Wolfgang**  
Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen
- **Praml, Willy**  
Regisseur und Leiter des Theater Willy Praml
- **Reuß, Stefan**  
Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Rudolph, Michael**  
Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Schelzke, Karl-Christian**  
Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
- **Scherenberg, Timmo**  
Geschäftsführer, Hessischer Flüchtlingsrat
- **Schmidt, Michael**  
Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hessen-Nord
- **Stathopoulos, Alexandros**  
Geschäftsführung Region Frankfurt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöcker-Zafari, Hiltrud**  
Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöhr, Prof. Dr. Martin**  
Theologe
- **Valentin, Prof. Dr. Joachim**  
Direktor, Haus am Dom Frankfurt
- **Venske, Dr. Regula**  
Präsidentin, PEN Deutschland

- **Viktoria, Ralf**  
Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Wagner, Dr. Thomas**  
Studienleiter, Haus am Dom, Katholische Akademie Rabanus Maurus
- **Wallmann, Dr. Walter**
- **Witt, Sandro**  
Stellvertretender Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Zimmermann-Freitag, Michael**  
Regionalgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Hessen